

# Der moderne K



Ginge es nach dem Vorschlag seiner Parteifreundin Gehrler, könnte Familienminister Martin Bartenstein (mit Kindern Andrea, Hans, Michael, Gattin Ilse, Peter und Matthias) monatlich zusätzlich 710,- lukrieren. Der VP-Minister betätigt sich allerdings als Koalitionsvermittler.

**STREIT UM FAMILIENSTEUER.** Die ÖVP will Geld für Familien und will ein Volksbegehren. Der Kanzler bremst: Es fehlen 10 Milliarden. Um die Finanzierung der Kinder entbrennt ein Klassenkampf.

**J**ene, die ihn kennen, beschreiben ihn als biederen, braven Familienvater. Manchmal ein wenig nervend vielleicht, meinen einige, wenn der leichte Hang zum Querulantischen mit ihm durchgeht. Sonst aber wird Dieter M., Polizeijurist in Klagenfurt und Vater dreier Kinder, als total unauffällig beschrieben.

Der erste Eindruck täuscht. Denn Dieter M. könnte demnächst das österreichische Steuersystem aus den Angeln heben.

Die Vorgeschichte: Bei seinem Steuerausgleich für das Jahr 1992 wollte er 340.000 Schilling Kosten für Frau und Kinder als „außergewöhnliche Belastung“ steuerlich geltend machen. Das Finanzamt sagte nein.

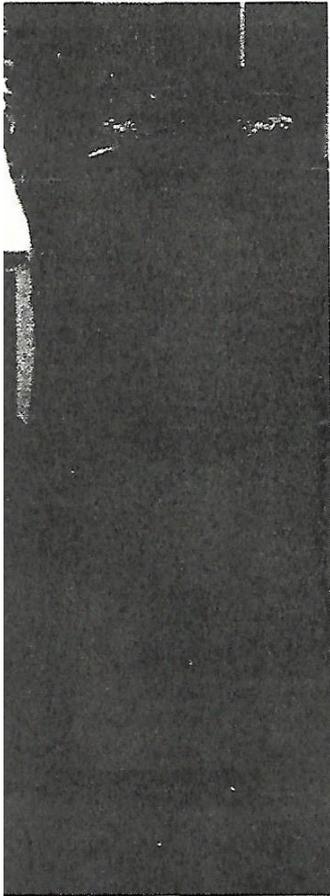
#### Klage beim Verfassungsgericht.

Seither füllt im Finanzministerium die Korrespondenz der Behörde mit dem Kärntner Juristen drei Aktenordner. Als seine Appelle jahrelang nichts fruchteten, machte Dieter M. 1995 noch einmal die Kosten für seine Familie geltend. Und klagte beim Verfassungsgerichtshof gegen die Republik.

Ein Verfassungs-Senat unter Vorsitz von Ludwig Adamovich hat am 27. Juni dieses Verfahren unterbrochen und ein Gesetzesprüfungsverfahren eingeleitet. Zwei Fragen werden zu beantworten sein:

● Haben Besserverdiener, entsprechend ihrem Lebensstandard, das Recht, wegen der höheren Erziehungskosten für

# nder-Kreuzzug



SP-Bundesgeschäftsführerin Brigitte Ederer schlägt klassenkämpferische Töne an: „Es wäre der sozialpolitische Super-GAU, wollte der Verfassungsgerichtshof erzwingen, daß wir Kindern aus reichen Familien die Reitstunde und den Cello-Unterricht zahlen, während für Kinder aus ärmeren Familien der Radl-Ausflug in den Prater reichen muß.“

### Reitstunde nicht absetzbar.

Aber auch VP-Familienminister Bartenstein ist sich der sozialpolitischen Sprengkraft dieser Frage bewußt: „Luxus für Kinder wie etwa die – polemisch immer wieder genannte – Reitstunde darf natürlich nicht finanziert werden.“

Was sich Bartenstein allerdings vorstellen kann, ist eine erhöhte Absetzbarkeit von Kindererziehungskosten analog den Grundsätzen des Unterhaltsrechts: „Je nach Alter könnten, wenn es der Verfassungsgerichtshof verlangt, bis zu einer Obergrenze von 4.000 bis 12.000 Schilling Erziehungskosten steuerlich geltend zu machen sein.“ Mit der Einschränkung: „Das kann aber politisch nicht mein Hauptziel sein. Ich will zuerst für die 100.000 Familien mit 270.000 Kindern etwas tun, die an der Armutsgrenze leben – das sind vor allem Mehrkinderfamilien und alleinerziehende Mütter.“

**ÖAAB-Offensive.** Während der zuständige Familienminister vergangene Woche samt seinen fünf Kindern in Kärnten urlaubte, erkannten seine Parteifreunde im ÖAAB die Gunst der Stunde. Die AAB-Vorständler überraschten ihre neue Obfrau Elisabeth Gehrer bei deren erster Vorstandssitzung im VP-Arbeitnehmerbund mit einer familienpolitischen Profilierungs-Offensive: Newcomerin Gehrer mußte nach der Sitzung vor die Kameras treten und ultimativ die Anhe-

ihren Nachwuchs auch einen größeren Steuerbonus für ihre Kinder geltend zu machen?

● Muß allen österreichischen Eltern ein höherer Absetzbetrag für Kinder gewährt werden, um sie steuerlich mit kinderlosen Steuerzahlern gleichzustellen?

Entscheidet der Verfassungsgerichtshof in beiden Fällen mit „Ja“, muß das gesamte System der Familienbesteuerung in einer bestimmten Frist – üblicherweise gewährt der VfGH ein Jahr – auf revolutionäre Weise umgestellt werden.

**Klassenkampf um Kinder.** Bei der ersten Frage sind die Stellungnahmen der Politiker eindeutig.



### Eltern gegen Kinderlose: Welche Nachteile hat man mit Kind?

## Klassenkampf um die Familie

Die Gesellschaft spaltet sich in zwei neue Klassen auf: Kinderlose und Eltern. Sie leben in zwei verschiedenen Welten – und schätzen die Situation des jeweils anderen total unterschiedlich ein.

Das ergibt eine brandneue NEWS-Gallup-Umfrage (450 Befragte, davon 171 ohne Kinder): 57 % der Eltern mit Kindern unter 18 Jahren sehen für sich schwere finanzielle Nachteile durch die Gründung einer Familie. Besonders schlimm betroffen sind junge Eltern mit Kindern unter drei Jahren: 65 % fühlen sich beim Geld geschädigt – sie haben das unbeschwertere Leben vor der

Geburt des Kindes noch frisch in Erinnerung. Solange die Kinder zur Schule gehen (bis 18 Jahre), nimmt der Frust kaum ab: Immerhin noch 61 % sehen Nachteile.

Erst Eltern, deren Kinder aus der Schule sind, und Kinderlose sehen zu 47 beziehungsweise 44 % „keine Nachteile durch Kinder“. Krasser Gegensatz: Eltern von Kindern unter 18 Jahren sehen nur zu 31 % keine Nachteile.

Einziger Punkt, an dem Einigkeit herrscht, ist die Belastung durch „erhöhten Zeitaufwand“: 10 % der Eltern beschweren sich darüber, und 11 % der Kinderlosen schätzen das genauso ein.

### Finanzaufwand nach Kinderzahl, Alter und Einkommen

## Was Österreichs Kinder kosten

Kinder	Haushaltsausgaben	Haushaltsausgaben	Haushaltsausgaben	Haushaltsausgaben	Haushaltsausgaben	Haushaltsausgaben
0-10 Jahre	14.000 €	19.000 €	23.000 €	28.000 €	33.000 €	37.000 €
ein	3.591 €	5.052 €	6.562 €	8.100 €	9.660 €	11.240 €
zwei	4.873 €	6.735 €	8.653 €	10.613 €	12.604 €	14.622 €
drei	6.175 €	8.438 €	10.737 €	13.054 €	15.390 €	17.622 €
10-19 Jahre						
ein	3.941 €	5.370 €	6.870 €	8.441 €	10.072 €	11.777 €
zwei	5.507 €	7.531 €	9.593 €	11.680 €	13.780 €	15.896 €
drei	7.042 €	9.672 €	12.357 €	15.292 €	18.048 €	20.825 €



würde die Familie Heinschink aus Floridsdorf durch das ÖAAB-Modell pro Monat bekommen. Derzeit lebt die siebenköpfige Familie von Notstands- und Familienbeihilfe in der Höhe von 28.000 S, da Vater Andreas arbeitslos ist. „Wir kaufen nur das Billigste. Im Winter tragen wir drei Pullover, um Heizkosten zu sparen.“



würde Franz Bauer in sein Budget einberechnen können. Der Berufsschullehrer hat sich trotz dreier Söhne und einer Gattin, die nicht arbeitet, sein Traumhaus gebaut. Mit einem Bruttogehalt von 32.000 S. „Ich bin Sparmeister“, sagt er stolz. „Ich geh nicht ins Wirtshaus, statt Schnitzel gibt es öfter Kohl. Im Urlaub waren wir zuletzt vor zehn Jahren.“

## DER KOMPROMISS würde mindestens zehn Milliarden kosten

► bung der Kinderabsetzbeiträge von derzeit 350 bis 700 Schilling je nach Kinderzahl gestaffelt auf 737 Schilling im Monat oder jährlich 8.840 Schilling fordern.

**Drohung mit Volksbegehren.** Dazu wünscht sich Gehrer – auftragsgemäß – eine Anhebung des Alleinverdienerabsetzbetrags von 5.000 Schilling auf 8.840 Schilling pro Jahr. Gehrer: „Sollte die SPÖ nicht verhandlungsbereit sein, wird der ÖAAB ein Volksbegehren für die Besserstellung der Familie im Steuerrecht durchführen.“ Argumentationshilfe bekommt Gehrer durch eine Umfrage, die NEWS von Gallup durchführen ließ: 57 Prozent der Österreicher, die Kinder

unter 18 Jahren haben, fühlen sich „finanziell benachteiligt“. Aus den Erhebungsdaten des Gallup-Instituts ist auch ein Trend zu einem neuen „Klassenkampf“ zwischen Eltern und Kinderlosen abzulesen: Nur 33 Prozent der Kinderlosen glauben, daß Eltern finanziell benachteiligt werden. Die Kinderlosen glauben zudem zu 44 Prozent, daß die Eltern gar keine Nachteile haben, während nur 31 Prozent der Erziehenden glauben, daß sie weder zeitmäßig noch finanziell Nachteile durch die Kindererziehung haben.

**Giftige Ederer.** Der Gehrer-Vorstoß für ein Volksbegehren zur finanziellen Besserstellung der Eltern sorgt zunächst für hef-

tige Reaktionen beim Koalitionspartner. SP-Ederer: „Ein Mißbrauch des Instruments des Volksbegehrens. Als Regierungspartei kann ja die ÖVP jederzeit mit uns verhandeln. Aber unsere Kollegen haben offensichtlich Profilierungsneurosen als Opposition. Bezeichnenderweise strapazieren sie das Familienthema immer dann, wenn es ihnen politisch besonders schlecht geht.“

Nach einer Schrecksekunde zauberte auch die SPÖ ihr eigenes Modell aus dem Hut. Familiensprecherin Ilse Mertel will den Kinderabsetzbetrag ab dem dritten Kind für Bezieher kleiner Einkommen von derzeit 700 Schilling auf 1.000 bis 1.200 Schilling anheben. Mertel: „Auch die

Kinderbeihilfe soll nach Einkommen gestaffelt werden – Schlechterverdiener sollen mehr, Besserverdiener weniger als die derzeit im Höchstfall 1.850 Schilling Kinderbeihilfe bekommen.“

Auch Ederer zeigt sich gesprächsbereit: „Vorausgesetzt, daß die Bezieher kleiner Einkommen, die keine Steuer bezahlen, statt eines Steuerabsetzbetrags die gleiche Summe bar ausbezahlt bekommen, ist die SPÖ durchaus gesprächsbereit.“ Diese schon für die gegenwärtigen Absetzbeiträge unter Ferdinand Lacinia eingeführte „Negativsteuer“ soll laut Ederer auch auf diesen Vorschlag ausgeweitet werden – alleinerziehende Mütter etwa, die keine Steuer bezahlen, weil sie kein Einkommen beziehen, bekommen jetzt den Kinderabsetzbetrag bar mit der Familienbeihilfe überwiesen.

**10 Milliarden fehlen.** Eine Forderung Ederers, die für ÖAAB und Familienminister Bartenstein „kein Problem“ darstellt – bis auf eine Kleinigkeit, auf die im NEWS-Gespräch Ederer und Bartenstein fast wortgleich hinweisen: „Wer soll das bezahlen?“

● Für die etwa zwei Millionen Kinder kostet die Erhöhung des derzeit gestaffelten Absetzbetrages rund 7 Milliarden Schilling.

● Für die 800.000 Alleinverdiener rechnet man im Finanzministerium bei einer Erhöhung des Absetzbetrages von derzeit 5.000 Schilling auf die vom ÖAAB geforderten 8.840 Schilling pro Monat mit jährlichen Mehrkosten von rund 3 Milliarden Schilling.

● Das ergibt in Summe eine budgetäre Mehrbelastung von 10 Milliarden Schilling pro Jahr, die Finanzminister Viktor Klima

### Die Pläne von ÖAAB, SPÖ und Liberalen

## So wollen die Parteien die Familien fördern

Alle wollen mehr Geld für die Kinder, die Wege dahin sind unterschiedlich

Die Vorschläge der Parteien, wie man die Familienförderung neu und besser ordnen könnte, gehen weit auseinander. Das derzeit bestehende System wollen aber alle verändern.

	STATUS QUO	ÖAAB-PLAN	SP-PLAN	LIF-PLAN
	Staffelung nach Alter und Zahl der Kinder	Staffelung nach Alter  E. GEHRER	Staffelung der Kinderbeihilfe ist geplant  I. MERTEL	Nur noch Beihilfen nach Einkommen  J. STROHMAYER
<b>Kinderbeihilfe</b>				
0–10 Jahre	1.300,-	1.300,-	1.300,-	180.000,-/Jahr 2.300,-/Kind
10–19 Jahre	1.500,-	1.500,-	1.500,-	-500.000,-/Jahr 2.300,-/Kind
19 –	1.850,-	1.850,-	1.850,-	ab 500.000,-/Jahr nichts
<b>Kinderabsetzbetrag</b>				
1. Kind	350,-	737,-	350,-	0
2. Kind	525,-	737,-	525,-	0
3. Kind	700,-	737,-	1.000,- bis 1.200,-	0
<b>Alleinverdienerabsetzbetrag</b>	5.000,-	8.840,-	5.000,-	0
<b>Mehrkosten Budget</b>	0	10 Mrd.	5 Mrd.	-10 Mrd.



würde Familie Wied aus Tulln für die vier eigenen und ihr Pflegekind bekommen. Vater Daniel verdient als Caritas-Pfleger brutto nur 16.000 S. Für Mutter Gabriele ist der Kinderreichtum Mission: „Kinder sind unsere Berufung. Wenn wir etwas brauchen, bitten wir andere, für uns zu beten.“



für ihre beiden Töchter bekäme Iris Bauer aus Braunau. Derzeit muß die Lehrerin und Alleinerzieherin abzüglich der Fixkosten von nur 4.500 S im Monat überleben. In Zukunft kommen 320 S mehr Alleinverdienerabsetzbetrag und 599 S Kinderabsetzbetrag hinzu. Das hebt ihr Monatsbudget um 20 Prozent.

## KEINE EINIGKEIT darüber, wie das Geld aufgebracht werden soll

trotz Sparpaket auftreiben müßte. Bartenstein: „Das ist nur die Untergrenze, die auf durchschnittlichen Schätzungen beruht. In der Praxis könnte das noch viel mehr kosten.“

Darauf gibt sich Gehrer forsch: „Es ist die Aufgabe des Finanzministers, wie er das Geld aufreiben will. Er soll einen Vorschlag machen.“ Da Schulden machen aufgrund der hehren Maastricht-Ziele nicht mehrheitsfähig sein dürfte, bleibt eine beschränkte Anzahl an Möglichkeiten:

● **Steuer für Kinderlose?** Die einfachste Finanzierungsform ist weder für Ederer noch für Bartenstein vorstellbar: eine Steuer für Kinderlose, die nach Schätzung von Experten eine Lohnsteuererhöhung von – sagenhaften – 10 Prozent bedeuten müßte, wenn man die notwendigen zehn Milliarden Mehrkosten hereinbringen will. Bartenstein: „Da haben wir uns immer festgelegt: Für diese Legislaturperiode – und hoffentlich darüber hinaus – wollen wir keine neuen Steuern einführen. Für mich gilt dieser Grundsatz weiterhin.“

● **Steuer-Plus abschöpfen?** Die zweiteinfachste Lösung wäre, so viele Familien-Experten, einfach die „wundersame Geldvermehrung“ seit Viktor Klimas Amtstritt für die Finanzierung der erhöhten Finanzhilfe für Familien heranzuziehen – schließlich habe Klima im ersten Halbjahr 1996 satte 7 Milliarden Schilling mehr Steuern eingenommen als im

Vergleichszeitraum 1995. Auch hier winkt Klima-Berater Franz Weintögl ab: „Erstens brauchen wir das Geld zur Budgetkonsolidierung. Außerdem: Diese angebliche Mehreinnahme kommt nur daher, daß im Vorjahr durch die Umstellung der Umsatzsteuer fast 12 Milliarden auf der Einnahmenseite fehlten. Aus dem Titel einer angeblichen Mehreinnahme ist kein Geld vorhanden.“

● **Kalte Progression?** Der Vorschlag von VP-Klubchef Andreas Khol, „die Mehrkosten einfach aus der kalten Progression zu finanzieren, weil durch die Inflation ohnehin die Einkünfte der Österreicher steigen und damit bei gleichbleibenden Steuertarifen auch der Finanzmi-

nister mehr verdient“, gerät zunehmend unter Beschuß. Bartenstein: „Das wäre erst zum Ende der Gesetzgebungsperiode möglich. Die Inflation ist so gering, daß die Mehreinnahmen erst 1999 eine zweistellige Milliarden-summe erreichen. Sollte der Verfassungsgerichtshof schon Ende 1997 die Familienreform verlangen, klappt ein enormes Finanzierungsloch.“

● **Wertschöpfung einführen?** SP-Familiensprecherin Ilse Mertel will die Kosten durch eine Änderung des FLAF (Familienlastenausgleichsfonds) eintreiben. Der Anteil der in den FLAF fließenden Bruttolohnsumme, den die Dienstgeberseite bezahlt, soll von 4,5 auf 3,5 Prozent gesenkt wer-

den. Die fehlenden Gelder sollen über eine neu einzuführende Wertschöpfungsabgabe ersetzt werden. Mertel: „Das kostet die Wirtschaft unterm Strich weniger, und sowohl der Familienlastenausgleich als auch die Mehrausgaben für mein Modell wären finanzierbar. Bartenstein auf der anderen Seite lehnt diesen Vorschlag ab: „Ein höchst schwammiges Modell.“

**Quer durch alle Fronten.** Gehers Volksbegehrens-Attacke ruft in ihrer Partei ebensowenig ungetrübte Freude hervor wie Mertels Alternativ-Plan in der SPÖ: Während VP-Chef Schüssel „Lisl Gehrer dankbar“ ist, „daß sie so klar Position bezogen hat“, und mit ihr konform ►

### ÖAAB-Chefin Elisabeth Gehrer über die Kritik an ihrem Familiensteuer-Vorstoß

## „Sagt die SPÖ nein, starten wir das Volksbegehren“

Hintergrund: Wie die ÖAAB-Granden Gehrer zu ihrem ersten Coup verhalten

**D**er erste Coup als Chefin des ÖAAB war ein Zufallstreffer. Das Volksbegehren zur Familiensteuer stand gar nicht am Programm Elisabeth Gehers: Vergangenen Donnerstag leitete die Unterrichtsministerin ihre erste Vorstandssitzung im ÖAAB. Auf der Tagesordnung: Funktionärsmotivation nach dem Fall Höchtl. Die Vorstandler wollten anderes. „Mit der Familienbesteuerung kommen wir mit alten Formen nicht durch“, ätzte Vorarlbergs AAB-Chef Manfred Dörler. Die Königsidee hatte der Oberösterreicher Georg

Bachmair: „Dann starten wir ein Volksbegehren.“

Gesagt, getan: Nach der Sitzung kündigte Gehrer an, was noch nie eine Regierungspartei wagte – ein Volksbegehren.

Bei VP-Klubchef Andreas Khol und Parteichef Wolfgang Schüssel stieß diese Idee auf spontane Gegenliebe. Khol: „Das Familien-thema ist hiermit offiziell VP-Schwerpunkt.“ Und Schüssel erklärte: „Die Idee hat Charme. Ich bin Liesl Gehrer dankbar dafür.“

Weniger amused die anderen VP-Bünde. „Längerfristig ist das okay, kurzfristig aber nicht finanzierbar“, meint Wirtschaftskammer-General Günther Stummvoll. Den politischen Aktionismus eines Volksbegehrens will er ebensowe-

nig kommentieren wie Bauernbund-Chef Rudolf Schwarzböck, der sich grantelnd – noch – loyal zur Parteispitze zeigt: „Das Ganze bedarf noch ausführlicher Diskussion im Parteivorstand.“

Die einzige, die der Widerstand nicht anficht, ist Gehrer selbst: „Man sollte doch nicht so empfindlich sein. Ich erwarte mir von allen, auch von der SPÖ, daß sie keine Abwehrkämpfe führen, sondern die ÖAAB-Vorschläge zunächst sachlich diskutieren.“

Auf die Frage, was passiert, wenn es keinen Kompromiß mit dem Koalitionspartner SPÖ gibt, antwortet Gehrer forsch: „Dann werden wir trotzdem ein Volksbegehren starten.“

KARIN LEITNER ■



E. Gehrer: Der erste Coup.



„Müßten wir in Zukunft per Verfassung Reitstunden und Cello-Unterricht für die Kinder der Spitzenverdiener finanzieren, wäre das der sozialpolitische Super-GAU.“



„Die Familienbesteuerung ist ab sofort offizielles Schwerpunktthema der ÖVP.“



„Wir sind gegen das Gießkannenprinzip. Auf Steuerförderung soll man total verzichten, Beihilfen sozial staffeln.“

## DER STREIT um die Familie spaltet die beiden Regierungsparteien

► geht, ist der VP-Wirtschaftsflügel alles andere als amüsiert.

Wirtschaftskammer-General Günther Stummvoll: „Längerfristig ist das gesellschaftspolitisch sicher eine gute Sache. Aber kurzfristig ist der Finanzspielraum einfach nicht gegeben.“ Und auf den Volksbegehrens-Aktionismus seiner Parteifreunde im ÖAAB angesprochen, reagiert Stummvoll unwirsch: „Dazu sage ich vorläufig nichts. Das ist eine Entscheidung der Parteit Spitze.“

Ähnlich grantig reagiert der Bauernbund, der selbst in seinen Reihen den höchsten Anteil an Mehrkindfamilien hat. Man

fühlt sich vom ÖAAB-Vorstoß überrumpelt. Bauern-Präsident Rudolf Schwarzböck übt sich – noch – in Loyalität zu Gehr, Schüssel und Co: „Das Ganze bedarf noch einer ausführlichen Diskussion im Parteivorstand.“

**Vranitzky als Bremser.** Auch der Bundeskanzler bremste Dienstag nach dem Ministerrat die finanziellen Begehrligkeiten des Damen-Trios Gehr, Mertel und Ederer mit einem Machtwort ein: „Die Mehrkosten, die der Vorschlag des ÖAAB kosten würde, sind im derzeitigen Budget nicht sichtbar. Wenn, dann müssen wir Lösungen innerhalb des Systems finden und bei der

Mitversicherung, der Steuerpolitik und bei den staatlichen Transferleistungen für die Familien verstärkt sozial staffeln.“

Nach einem Telefonat mit Finanzminister Viktor Klima beruft sich Vranitzky bei seiner Ablehnung von mehr Geld für die Familien darauf, daß derzeit bei einem Gesamtausgaben-Volumen des Bundes von 700 Milliarden Schilling pro Jahr 200 Milliarden auf verschiedensten Wegen den Familien zugute kommen (siehe auch Kasten unten):

● 50 Milliarden werden direkt aus dem Budget bezahlt – für Schülerfreifahrt, Familienbeihilfe etc.

● Über den gesamten Komplex der Sozialversicherung (Witwenpension, kostenlose Mitversicherung von Angehörigen, Karenzgeld, Anerkennung von Kindererziehungszeiten für die Pension) stehen den Familien fast 100 Milliarden zur Verfügung.

● Und aus regional unterschiedlichen diversen Titeln – wie beispielsweise der Hausstandsgründungsbeihilfe in Oberösterreich – kommen noch einmal rund 50 Milliarden aus Ländern und Gemeinden hinzu.

**Österreich an dritter Stelle.** Fest steht laut Bernd Marin vom Europäischen Zentrum für Sozialpolitik, daß „Österreich im EU-

Der Finanzminister schätzt, daß die Familien 200 Mrd. erhalten

### Klimas Kostenrechnung

**Familienbeihilfe** macht für Kinder je nach Alter zwischen 1.300 S bis 1.850 S aus. 2 Millionen Bezieher. **32 Mrd.**

**Kinderabsetzbetrag.** Nach Zahl der Kinder gestaffelt: Erstes Kind 350 S, ab dem dritten Kind derzeit 700 S. **11 Mrd.**

**Schülerfreifahrt.** Inklusive Studentenfahrt (fällt ab Herbst) 6 Mrd. Aufwand. In Zukunft nur mehr Schüler. **4 Mrd.**

**Karenzgeld.** Aus dem Familienlastenausgleichsfonds 8 Mrd. S, aus den Sozialversicherungen etwa 5 Mrd. S. **13 Mrd.**

**Mitversicherung.** Leistungen der Sozialversicherung: Witwen-Pension, Gratis-Krankenkasse für Kinder, Frauen etc. **75 Mrd.**

**Gratis-Schulbesuch.** Die Bewertung des kostenlosen Unterrichts an den Schulen kann derzeit nur geschätzt werden. **40 Mrd.**

**Gratis-Universität.** Ebenfalls nur geschätzt, aber auf der Basis von möglichen Studiengebühren genauer festzulegen. **10 Mrd.**

**Länder, Gemeinden.** Leistungen wie die Hausstandsgründungshilfe in Oberösterreich, Kindergärten etc. **15 Mrd.**

**GESAMTSUMME.** Nach Schätzungen des Finanzministeriums fließt fast ein Drittel der Staatsausgaben zu den Familien.

Interview mit dem Kaiser-Enkel

### „Treue, Liebe, Glaube“

Das Familienbild des VP-Kandidaten Karl Habsburg

**NEWS: Sollen Ehefrauen gefördert werden, wenn sie den Job aufgeben?**

**Habsburg:** Das geschieht teilweise durch den Alleinverdiener-Absetzbetrag. Durch das Familiensplitting, die Besteuerung des Familieneinkommens, das ich seit jeher fordere, würde das natürlich verstärkt.

**NEWS: Soll man eheähnliches Zusammenleben steuerlich als Familie behandeln?**

**Habsburg:** Von der Gleichstellung loser Formen des Zusammenlebens mit der Ehe halte ich nichts. Auch Alleinerzieherinnen sollten den Kindesvater kennen. Und der



Habsburg: Katastrophe droht.

soll zur Kasse gegeben werden. Ausnahmeregelungen via Notstandshilfen soll es geben.

**NEWS: Ist die Familie noch Kern der Gesellschaft?**

**Habsburg:** Der verantwortungsvolle

Bürger erkennt, daß negative Entwicklungen gestoppt werden müssen, weil sie unsere Gesellschaft in die Katastrophe führen. Gott sei Dank ist im Großteil Österreichs die gesunde Familie nach wie vor Kern der Gesellschaft. In der Familie lernt man die Tugenden wie Treue, Liebe, Glaube, Verzicht, Teilen, Anstand und Scham.

**INTERVIEW: OLIVER LEHMANN ■**

Vergleich trotz sinkender Familienleistungen immer noch an dritter Stelle in Europa“ steht.

**Neue Studie.** Christoph Badelt, Sozialpolitiker am Institut für Volkswirtschaftstheorie, untersucht derzeit gerade, wie hoch die Familienleistungen in Österreich wirklich sind: „Die Studie wird nächstes Jahr fertig. Aber ich glaube jetzt schon sagen zu können, daß wir nachweisen werden, daß mehr als die genannten 200 Milliarden den Familien zufließen.“ Um diese gerecht zu verteilen, so der Experte, müsse man sowohl Steuer- als auch Transfersystem verändern: „Ich ärgere mich immer über Politiker, die nur auf die eine oder andere Seite schauen, wie es ihnen gerade paßt.“ Um soziale Ungerechtigkeiten durch eine „Kindersteuer“ auszugleichen, schlägt Badelt einen Ausgleich über die Familienbeihilfe vor: „Jeder bekommt die gleiche Familienbeihilfe. Reichere sollten aber mehr einzahlen als Ärmere.“

Fazit von Finanzminister Viktor Klima: „Der Verfassungsgerichtshof urteilt nur über das schmale Segment des Steuerrechts. Alle anderen Transferleistungen werden derzeit nicht berücksichtigt.“ Aus Klimas Sicht sei daher die verfassungsrechtliche Diskriminierung von Familien nicht gegeben – die Mehraufwände in Milliardenhöhe also völlig unnötig.

Aufgeschreckt vom – gemutmaßten – Doppelpaß zwischen Verfassungsgerichtshof und ÖAAB, lehnt auch LiF-Chefin Heide Schmidt die Steuerpläne des Höchstgerichts ab: „Der Verfassungsgerichtshof hat eine richterliche und keine politische Funktion. Die Familienbesteuerung ist ausschließlich eine Frage, die das Parlament zu klären hat – sicher nicht ein zunehmend politisch agierender Verfassungsgerichtshof.“

**LiF: Eigenes Modell.** Das Liberale Forum präsentiert ein völlig anderes Modell als die Regierungsparteien (siehe auch Kasten Seite 21). LiF-Steuerexperte Johannes Strohmayer: „Mit dem Gießkannenprinzip muß endlich Schluß sein. Wir wollen nur die Familienbeihilfe nach Einkom-

men staffeln. Alle anderen steuerlichen Leistungen sollen gestrichen werden.“

**Steuerfreies Existenzminimum.** Dafür soll, so das liberale Modell, jedem Kind ein Existenzminimum zwischen 5.000 und 7.500 Schilling zustehen. Unabhängig von der Kinderzahl darf dieses Existenzminimum pro Familie 28.000 Schilling nicht überschreiten. Worüber sich Heide Schmidt und Co besonders freuen: Nach ersten Berechnungen spart der Finanzminister bei diesem Modell, das aus LiF-Sicht mehr soziale Gerechtigkeit bringt, insgesamt 10 Milliarden Schilling ein.

**„Wir brauchen jeden Schilling.“** Einsparungsvorschläge, für die man bei den Betroffenen kein Verständnis hat: Andreas Heinschink etwa, der in einer Sozialwohnung in Wien-Floridsdorf mit Frau und fünf Kindern auf knapp mehr als 11 Quadratmetern pro Person lebt: „Für uns wird es finanziell ohnehin immer enger.“ Seine Gattin Andrea verliert ab September das erhöhte Karenzgeld – was etwa 2.000 S Verlust pro Monat bedeutet. Heinschink: „Wir brauchen jeden Groschen Unterstützung.“

So wie Heinschink geht es derzeit laut Familienminister Martin Bartenstein 100.000 Familien mit 270.000 Kindern. Dazu kommt noch das Heer der 217.000 alleinerziehenden Mütter, die – wie Iris Bauer aus Braunau – immer öfter in die Armutsfalle tappen. Nach Abzug der Fixkosten bleiben der Frau, die als Lehrerin immerhin 30.000 Schilling brutto verdient, nach ihrer Scheidung gerade noch 4.500 Schilling zum Leben. Bauer: „Nicht einmal den Schwimmkurs um 600 S kann ich meinen Kindern zahlen. Für mich wären die 900 Schilling, die ich laut ÖAAB-Vorschlag zusätzlich bekäme, eine enorme Hilfe.“

Sozialforscher Bernd Marin ortet enormen Handlungsbedarf: „Die gesamte Diskussion läuft vollkommen falsch. Man muß gezielt Mehrkindfamilien und Alleinerzieherinnen fördern. Alles, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist Schmonzes.“

PETRA PICHLER, SASKIA SCHWAIGER, JOSEF GALLEY ■

## Interview

### „Kinderreiche statt Reiche fördern“ Bartenstein steht ÖAAB-Plänen skeptisch gegenüber

**NEWS:** Werden Sie das Familien-Volksbegehren Ihrer Ministerkollegin unterzeichnen?

**Bartenstein:** Da ist die Frau Minister Gehrler sehr forsch und schnell zur Sache gegangen. So wie es halt ihre Art ist – für die man sie in Österreich schätzt. Ich sehe das eher als einen Stufenplan: Ab September wird die Koalition das debattieren, dann wird entschieden.

**NEWS:** Und wenn die SPÖ trotzdem nein zu mehr Geld für die Familien sagt?

**Bartenstein:** Eines nach dem anderen. So weit sind wir noch lange nicht. Wenn die Verhandlungen mit dem Regierungspartner tatsächlich scheitern sollten, woran ich wegen meiner guten Gesprächsbasis zur Familiensprecherin der SPÖ nicht glaube, und dann wirklich ein Volksbegehren eingeleitet würde, könnte ich es aus heutiger Sicht unterstützen. Es wird sich aber erübrigen.

**NEWS:** Im ÖAAB-Vorschlag steht ein einheitlicher Steuerabsetzbetrag von 737 S pro Monat und Kind. Derzeit werden Beträge gestaffelt ausgezahlt – für das erste Kind mit 300 S nur die Hälfte dessen, was man ab dem dritten Kind bekommt. 1992 war diese Mehrkindstaffelung eine Forderung der ÖVP.

**Bartenstein:** An dieser Mehrkindstaffelung möchte ich auch weiter unbedingt festhalten. Da wird man noch nachdenken müssen. Schließlich sind es neben



FAMILIENMINISTER  
M. BARTENSTEIN

„Neue Steuern oder mehr Schulden für die Familienförderung kommen nicht in Frage.“

den Alleinerzieherinnen gerade die Familien mit drei oder mehr Kindern, die an der Armutsgrenze leben müssen.

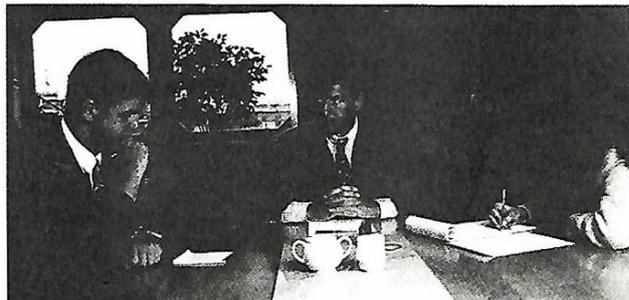
**NEWS:** Die SPÖ fürchtet, daß Besserverdiener bald mehr für die Kindererziehung absetzen können als arme Familien.

**Bartenstein:** Niemand sagt, daß jemand, der zehnmal soviel verdient wie der Durchschnitt, auch zehnmal

soviel absetzen können wird. Es wird Bewegung in dieser Richtung aus Gründen der Steuergerechtigkeit gegenüber Kinderlosen geben – allerdings auch eine strenge Deckelung, wieviel man abschreiben kann. Meine Hauptsorge sind aber nicht die Großverdiener, sondern Alleinerzieherinnen und Mehrkindfamilien an der Armutsgrenze. Ich will Kinderreiche statt Reiche fördern.

**NEWS:** Bleibt angesichts von zehn Milliarden Kosten noch die Frage: Wer soll das bezahlen?

**Bartenstein:** Der ursprüngliche Plan sah so aus, daß wir bis 1999 durch die Inflation unter dem Stichwort „kalte Progression“ einen kleinen zweistelligen Milliardenbetrag an Mehreinnahmen aus Steuern haben. Dann sollte diese Reform angegangen werden. Wenn der Verfassungsgerichtshof früher eine Reform braucht, gerät die Regierung gewaltig unter Druck: Wir dürfen wegen Maastricht keine Schulden machen, und Steuererhöhungen für Kinderlose kommen für mich sicher nicht in Frage.



Bartenstein im NEWS-Interview mit Petra Pichler und Josef Galley.

Lesen Sie ab S. 120: „Wie glücklich ist Ihr Kind?“